

Antrag zum Landtagswahlprogramm

Antragsteller: JFW Hessen

Stadt und ländlicher Raum

Beschluss:

Wir JUNGE FREIE WÄHLER fordern:

- keine steigenden Mieten in den Städten
- Restrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs unter Berücksichtigung der Bedürfnisse ländlicher Kommunen
- gleiche Lebensverhältnisse auf Stadt und Land
- solide finanzielle Grundausstattung für alle anstelle von irrsinnigen Bewertungsgrundlagen für Förderprogramme

Begründung:

Das Land Hessen hat mit dem Rhein-Maingebiet einen sehr starken Wirtschaftsraum. Außerhalb der Metropolregion existieren auch viele strukturschwache Regionen. Diese Regionen haben unterschiedliche aber verbundene Probleme, die sich nur gemeinsam lösen lassen. Es geht uns daher nicht um einen Verteilungskampf zwischen Stadt und Land, sondern um einen fairen Interessenausgleich, an dem beide Seiten gewinnen.

Die schwarz-grüne Landesregierung propagiert einen städtischen Lebensstil und überlässt die Entwicklung der Regionen dem freien Spiel der Kräfte. Das Ergebnis ist eine Verstärkung der Landflucht mit negativen Folgen in allen Bereichen:

Während auf dem Land Gebäude verfallen, Fachkräfte fehlen und Infrastruktur abgebaut wird, leidet das Rhein Main Gebiet an mangelndem Wohnraum, steigenden Mieten, mehr Verkehr, mehr Abgase sowie mehr Lärm. Die vorgeschlagene Lösung der Landesregierung, über Nachverdichtung abzuweichen, kann lokal sinnvoll sein. Auf großer Fläche ist sie aber nicht nur unzureichend, sondern verschärft auch die Problematik bei Verkehr, Frisch- und Abwasser, da die vorhandene Infrastruktur nicht auf die zusätzlichen Bewohner ausgelegt ist.

Wir FREIE WÄHLER fordern stattdessen gleiche Lebensbedingungen in Metropol- und ländlichen Regionen. Dazu gehört eine brauchbare Infrastruktur nicht nur in der Stadt, sondern auch in der Fläche. Menschen ziehen oft in die Nähe ihre Arbeitsplätze. Die Ansiedlung von Firmen im ländlichen Raum sollte daher für diese mit Steuervorteilen

verbunden sein und nicht, wie durch den kommunalen Rettungsschirm bewirkt, mit Steuernachteilen.

Um dies zu verwirklichen, brauchen alle Kommunen eine solide und verlässliche finanzielle Ausstattung über einen einfachen Finanzausgleich: Jede Kommune bekommt Geld pro Einwohner und pro Fläche. Die Beträge sollen so justiert werden, dass es für alle Kommunen auskömmlich ist. Auf dem Land können so wichtige Infrastrukturprojekte umgesetzt werden, während in der Stadt Maßnahmen finanziert werden können, welche die Lebensqualität nachhaltig verbessern. Subventionen, die viel Verwaltungsaufwand bedeuten, die örtlichen Gegebenheiten ignorieren, oft zu teuer und wirkungslos sind oder unsinnige Projekte fördern, möchten wir zurückfahren und das Geld in den kommunalen Finanzausgleich stecken.

Weitere Begründung (nur für interne Verwendung):

Während die AfD auf einen Konkurrenzkampf der Regionen setzt, die Grünen eine Städtische Lebensweise propagieren, sollten wir das Miteinander in den Vordergrund stellen und eine Win-Win-Situation anstreben. Denn ein Wettstreit der Regionen führt dazu, dass es nur Verlierer gibt. Das setzt uns von politischen Mitbewerbern ab. Als Größenordnung für den neuen kommunalen Finanzausgleich schlage ich 500 € pro Einwohner und 20.000 € pro km² vor. Das läge von der Finanzierung etwas über dem heutigen Niveau. Da diese Werte noch justiert werden müssen und die Wirkung auf die einzelnen Kommunen überprüft werden muss, würde ich davon absehen diese zum jetzigen Zeitpunkt ins Wahlprogramm zu schreiben. Sollten unsere Experten im Verband verlässliche Zahlen nennen können, würde ich diese übernehmen.